

# Falscher Kenntnisstand?

**Kundgebung „Roma haben kein sicheres  
Herkunftsland“ am 13.9.2014 in Stuttgart**

*Unter dem Motto „Roma haben kein ‚sicheres Herkunftsland‘“ hatten der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, das Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung und zahlreiche weitere Organisationen zu einer Kundgebung auf dem Stuttgarter Schloßplatz am 13. September aufgerufen. Trotz des schlechten Wetters und trotz weitgehender Nichtbeachtung durch die Medien protestierten rund 300 Personen gegen die geplante Verschärfung des Asylrechts. Sie forderten die Landesregierung auf, im Bundesrat gegen das Gesetz zu stimmen, durch das Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft werden sollen. Unter den Protestierenden waren auch zahlreiche Flüchtlinge aus Westbalkan-Staaten.*

Dr. Manfred Budzinski, Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, forderte bei der Kundgebung die Grünen auf, bei ihrem Nein zur Asylrechtsverschärfung zu bleiben: „Verbesserungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt dürfen nicht zulasten des Menschenrechts auf Asyl gehen.“ Die Veranstalter der Kundgebung kritisierten auch die mitregierende Landes-SPD, die den Grünen eine „Blockadehaltung“ vorwirft und für das Erstarken von rechten Parteien verantwortlich macht. „Rechtspopulisten bekämpft man nicht, indem man sich ihre Forderungen zu eigen macht“, erklärte David Werdermann vom Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung.

Bei der Kundgebung kamen sowohl betroffene Flüchtlinge als auch Vertreter von Unterstützungsgruppen zu Wort. Manfred Budzinski forderte die Landesregierung auf, gegen das Gesetz zu stimmen. Alles andere sei ein Abschied von dem im Koalitionsvertrag verankerten Vorrang der Humanität. Johanna Wintermantel vom Freiburger Forum kritisierte die Abschiebep Praxis der baden-württembergischen Behörden und forderte das Land auf, ein humanitäres Bleiberecht für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien zu erlassen. Für den anstehenden Winter müsse es zudem einen umfassenden Abschiebestopp geben. Andrea Schiele von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen distanzierte sich von den Äu-

ßerungen des SPD-Fraktionsvorsitzen- den Claus Schmiedel und forderte – wie Mara Kraft in einem Redebeitrag für Amnesty International – eine grundsätzliche Abkehr vom Prinzip der sicheren Herkunftsstaaten. Der Journalist Jürgen Weber vom Aktionsbündnis Abschiebestopp Konstanz berichtete von



Bild: privat



Bild links:  
Joachim E.  
Röttgers  
(Graffiti)



seiner Recherchereise nach Mazedonien. Roma würden dort häufig Opfer rassistischer Angriffe und müssten unter menschenunwürdigen Bedingungen leben. In weiteren Redebeiträgen wurde anhand von Einzelfällen die von zum Teil lebensbedrohlicher Armut und Diskriminierung geprägte Situation von Roma im Westbalkan deutlich gemacht. Dabei kamen auch Betroffene zu Wort. Den Abschluss bildete eine Rede des Kabarettisten Peter Grohmann, der die Anwesenden zur Solidarität mit Flüchtlingen aufrief. Im Rahmen der Kundgebung übergaben die Veranstalter dem Landesvorsitzenden der Grünen Oliver Hildenbrand

einen von knapp 50 Vereinen und Organisationen unterzeichneten Appell an die Landesregierung mit der Forderung, der Asylrechtsänderung nicht zuzustimmen.

Hildenbrand sagte, dass er die Kritik an dem Gesetz teile, machte jedoch keine klare Aussage zum Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat.

**Hinweis:** Die Redebeiträge der Kundgebung und weitere Informationen finden Sie auf der Homepage des Flüchtlingsrats: <http://fluechtlingsrat-bw.de/informationen-ansicht/roma-haben-kein-sicheres-herkunftsland-kopie.html>

## DOKUMENTATION

### **Roma haben kein „sicheres Herkunftsland“ - Appell an die Landesregierung von Baden-Württemberg: Keine Zustimmung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zu „sicheren Herkunftsstaaten“**

Die unterzeichnenden Organisationen appellieren an die Landesregierung von Baden-Württemberg, den von der Bundesregierung am 30. April 2014 beschlossenen Gesetzentwurf, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu „sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären und damit Flüchtlingen aus diesen Staaten den Zugang zum Asylverfahren zu verwehren, im Bundesrat die Zustimmung zu versagen.

#### Begründung:

Am 28. November 2013 hat die grün-rote Landesregierung einen Staatsvertrag mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg unterzeichnet, mit dem die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber den Angehörigen dieser vom Nationalsozialismus verfolgten Gruppe anerkannt wird und diesen Menschen weitgehende Minderheitenrechte zuerkannt werden. Einen ähnlich respektvollen Umgang erhoffen und erwarten wir uns auch mit Angehörigen der Roma-Minderheit, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten nach § 29a Asylverfahrensgesetz lässt aber befürchten, dass ein solcher respektvoller Umgang mit Angehörigen der zweiten Verfolgungsgruppe des Nationalsozialismus und der nach wie vor größten ethnischen Minderheit in Europa in Zukunft pauschal verweigert werden soll. Bereits jetzt wird die Mehrzahl der Asylanträge insbesondere von Angehörigen der Minderheit der Roma aus diesen Herkunftsstaaten als „of-

fensichtlich unbegründet“ eingestuft. Zahlreiche Berichte von Betroffenen und internationalen Organisationen über das Zusammenwirken von absoluter Armut und sozialer und rassistischer Diskriminierung und Gewalt in diesen Herkunftsstaaten werden dabei ignoriert oder als nicht schutzrelevant eingestuft. Statt diese Minderheitenangehörigen zu schützen und ein humanitäres Bleiberecht zu ermöglichen, werden sie in immer größerer Zahl zwangsweise rückgeführt und der weiteren Diskriminierung und Perspektivlosigkeit ausgesetzt. Das von PRO ASYL in Auftrag gegebene Rechtsgutachten zu diesem Gesetzentwurf kritisiert, dass als Legitimation für die Erklärung zu „sicheren Herkunftsstaaten“ lediglich Berichte des Auswärtigen Amts sowie die Anerkennungsquoten in den Asylverfahren und eine „selektive Auswertung internationaler Quellen“ herangezogen wurden. Dies sei eine zu schwache Grundlage für die nötige verlässliche Tatsachenfeststellung: „Das verfassungs- und unionsrechtlich vorgegebene Ziel der erforderlichen antizipierten Tatsachen- und Beweiswürdigung ist die Feststellung, dass in einem derartigen Staat eine gewisse Stabilität und hinreichende Kontinuität der Verhältnisse eingetreten sind und deshalb in der Rechtsanwendung aufgrund der allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Situation weder Verfolgungshandlungen noch unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung stattfinden. Ein derartiges Gesamturteil kann während eines nicht abgeschlossenen Übergangsprozesses kaum mit der erforderlichen Zuverlässigkeit getroffen werden.“

Dieser Einschätzung schließen wir uns an. Dafür, dass das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung einem migrationspolitischen Kalkül folgt und den Tatsachen in den Herkunftsstaaten nicht standhält, spricht auch, dass die Anerkennungsquoten in anderen Staaten wie z.B. der Schweiz und Belgien z.B. im Jahr 2013 bei über 10% lagen. Auch in Deutschland wurden einzelne Antragssteller/innen trotz der eingeführten Praxis eines Asylschnellverfahrens gegen Antragssteller/innen aus den Balkanstaaten und der aufgeladenen Stimmung gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen aus diesen Staaten als schutzbedürftig anerkannt. Erst vor kurzem sprach das Verwaltungsgericht Stuttgart zwei Roma-Angehörigen aus Serbien die Flüchtlingseigenschaft zu (A 11 K 5036/13).





*„Rom heißt Mensch! Traut der Politik nicht. Engagiert euch!“*

Peter Grohmann, Kabarettist,  
Die Anstifter, Stuttgart

Statt einer weiteren Verschärfung beim Umgang mit Asylsuchenden aus diesen Herkunftsstaaten fordern wir konkret für Baden-Württemberg:

- Gleichbehandlung mit allen anderen Asylsuchenden beim Zugang zum Asylrecht und zum Asylverfahren, insbesondere durch gründliche Prüfung des Einzelfalls statt Schnellverfahren
- Respektvoller Umgang bei der Aufnahme in der Landeserstaufnahmestelle und der Unterbringung in den Stadt- und Landkreisen
- Gleicher Zugang der Erwachsenen zu Sprachförderung und der Kinder zur Schulbildung
- Wirksames Einschreiten gegen Rassismus und Antiziganismus gegen Roma
- Es braucht internationale Anstrengungen, damit sich die sozialen Lebensverhältnisse dieser Menschen in den Herkunftsstaaten verbessern und rassistische Diskriminierung zurückgedrängt wird. Solange es dabei aber keine entscheidenden Fortschritte gibt, dürfen gerade wir Deutschen diesen Menschen nicht die Tür vor der Nase zuschlagen!

Die grün-rote Landesregierung ist im April 2011 mit dem Slogan „Humanität hat Vorrang“ angetreten. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik soll der „Grundsatz eines menschenwürdigen Umgangs mit Flüchtlingen“ eingehalten werden. Dies lässt aus unserer Sicht bei der für den 11. Juli im Bundesrat bevorstehenden Abstimmung über den „Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten...“ nur ein deutliches NEIN durch Baden-Württemberg zu.

Stuttgart, den 5. Juni 2014

Überreicht bei der Kundgebung „Roma haben kein sicheres Herkunftsland“ am 13. September

Unterzeichner/-innen:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.  
Freundeskreis Asyl Göppingen  
Freundeskreis für Flüchtlinge in Fellbach  
Arbeitskreis Asyl Weinheim e.V.  
IPPNW Villingen-Schwenningen

Ökumenischer Freundeskreis Asyl in Bietigheim-Bissingen

Aktionsbündnis Abschiebestopp Konstanz

Save Me Freiburg

Freundeskreis Asyl Radolfzell

Mennonitisches Hilfswerk Karlsruhe

AK Asyl Kirchheim-Teck

Grüne Jugend Baden-Württemberg

Kanzlei Striegler - Anwaltskanzlei für Ausländerrecht

Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung

ESG Karlsruhe

Bürgerinitiative gegen Fremdenfeindlichkeit / Arbeits-

kreis Asyl Schwäbisch Gmünd

Freundeskreis Asyl Esslingen

Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten e. V.

Karlsruhe

SPD Sexau

Refugio e.V. VS-Villingen

Schuldekan Martin Pfeiffer (Biberach und Ravensburg;

Ev. Landeskirche in Württemberg)

Arkade Main-Tauber-Kreis

DIE LINKE im Gemeinderat Mannheim

Pfarrer Dieter Grahl (luth. Kirche Sachsen)

Save Me Konstanz

Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-

Württemberg

Asyl-Arbeitskreis Schwetzingen

Arbeitskreis Asyl Kernen

AK Menschenrechte im GLOBAL, Bad Waldsee

Freundeskreis Asyl Mühlacker

Annette Groth, MdB

AWC Deutschland e.V. - WeltbürgerInnen und Weltbürger

ger

DIE LINKE, Kreis Ravensburg

Flüchtlingsrat Ulm/Alb-Donau-Kreis

Freundeskreis Asyl Karlsruhe e.V.

IFZ-Heidelberg

Medinetz Freiburg

SPD Ulm

Arbeitskreis Asyl e.V. Baden-Baden

Amnesty International Freiberg

ver.di Ulm

Arbeitskreis Asyl Metzingen

Stolpersteine Stuttgart-Ost

„Flüchtlinge und wir“ e.V. Herrenberg

Lilith e.V. Pforzheim